

G2

einstimmig beschlossen

Gegen PEGIDA/BRAGIDA – Entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus

Seit Oktober 2014 läuft eine Gruppierung namens Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) jede Woche montags durch Dresden. Eine der Forderungen waren „Keine Glaubenskriege auf deutschem Boden“, „Gegen eine Islamisierung Europas“ und eine „Verschärfung der Asylgesetze“ darunter auch eine „konsequente Abschiebepolitik“.

Schnell fand diese Bewegung mehr AnhängerInnen und so wuchs die TeilnehmerInnenzahl mit jeder Woche. Die Folge waren eine verstärkte mediale Berichterstattung aber auch Gegendemonstrationen, da viele in den in den Forderungen plumpe Fremdenfeindlichkeit und weitere diskriminierende Elemente wieder fanden.

Im November 2014 wurden schriftlich verbindliche Forderungen der PEGIDA-Bewegung verfasst. In 19 Thesen wird unter anderem Ausschöpfung und Umsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung gefordert. In Deutschland erhält nicht einmal die Hälfte aller AntragsstellerInnen das Recht auf Asyl. Nach der Gesetzeslage müssten sie abgeschoben werden, sie werden jedoch oft geduldet und können, wenn auch unter oft menschenunwürdigen Bedingungen und mit ungewisser Zukunft temporär bleiben. Eine Forderung nach Ausschöpfung der Gesetze bedeutet nichts anderes als eine verstärkte Abschiebepaxis. Dank immer höheren Hürden auf das Recht auf Asyl wie die unter anderem durch Ernennung von immer neuen sicheren Drittstaaten und Dublin III müsste so der Großteil der Menschen, die unter großer Aufopferung bis nach Deutschland fliehen konnten, wieder abgeschoben werden, in vielen Fällen in den sicheren Tod.

Weitere Forderungen sind „eine Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten“, „Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“ und eine Ablehnung vom „wahnwitzigen ‚Gender Mainstreaming‘“.

ming', auch oft ‚Genderisierung‘ genannt, die nahezu schon zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache“.

Seit Dezember 2014 ist PEGIDA als eingetragener Verein tätig und es bildeten sich immer weitere Ableger in diversen deutschen Städten, darunter auch mit dem Namen BRAGIDA in Braunschweig.

PEGIDA und dessen Ableger sind aufgrund der geforderten Thesen fremdenfeindlich, rassistisch, nationalistisch, islamophob und heteronormativ. Dazu erkennt man durch die Parolen während ihrer Kundgebungen und Demonstrationen oft deutliche antisemitische, anti-amerikanische, homophobe, demokratiefeindliche, verschwörungstheoretische und sexistische Inhalte. Die PEGIDA-Bewegung gab auch Anlass, den Begriff Lügenpresse zum Unwort des Jahres 2014 zu küren. Ähnlich wie bereits im Dritten Reich wurde der Begriff als polemisches Schlagwort verwendet, um Kritiker zu denunzieren. Oft spiegelt sich darin auch der Hass gegen eine freie Medienwelt wider.

Wir lehnen einen Dialog mit den führenden VertreterInnen dieser Bewegung strikt ab. Einen Dialog mit führenden VertreterInnen wertet diese rechte Bewegung, die sich durch Hass auf Minderheiten formiert hat, nur auf. Wir sehen keine Notwendigkeit in Verhandlungen, da jeder Kompromiss nur ein Abrücken nach Rechts mit Ressentiments gegenüber Minderheiten bedeuten würde.

Wir sind nicht pauschal gegen Islamkritik. Jedes gesellschaftliche Konstrukt darf in einer Demokratie auch hinterfragt und kritisiert werden. Wenn jedoch der Islam nicht aus einer humanistischen Religionskritik zusammen mit anderen Glaubensgemeinschaften hinterfragt wird, sondern dieser nur als Bedrohungsszenario dargestellt wird, der als etwas Böses über ein gutes Europa hereinbricht und die Kritik in Hass gegenüber muslimischen Mitmenschen ausartet, ist es nichts anderes als Fremdenhass und für uns nicht akzeptabel. PEGIDA bietet als Antwort und als Alternative zum Islam lediglich stumpfsinnigen Nationalismus und disqualifiziert sich so als ernstzunehmender Religionskritiker.

Solange BRAGIDA und ähnliche PEGIDA-Ableger in Braunschweig ihre rechten Parolen rufen, werden wir uns dem Bündnis gegen Rechts anschließen und dagegen demonstrieren.